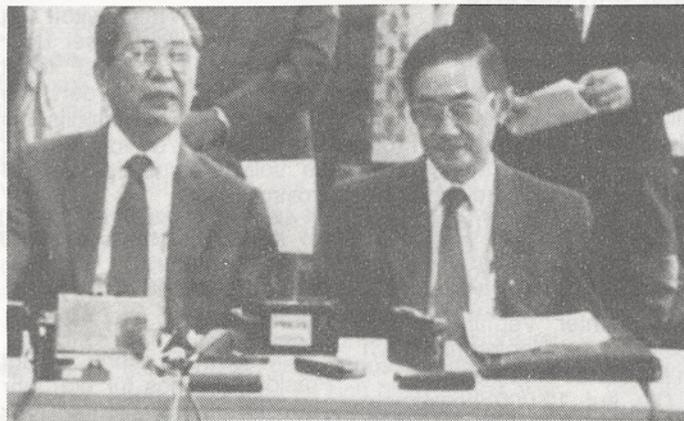


**Friedensprozeß Regierung-NDF**

Am 28. April hat sich der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, José de Venecia, zu einem informellen Gespräch mit dem NDF-Vizepräsidenten Luis Jalandoni, dem Gründer der CPP, José Maria Sison, und dessen Frau Juliet Sison in Utrecht getroffen. Dabei wurde die Frage des Verhandlungsortes erörtert, an dem bisher die Aufnahme offizieller Gespräche zwischen Regierung und NDF gescheitert ist. Die Untergrundvertreter schlugen vor, an wechselnden neutralen Orten (Tokio, Genf, Brüssel) zu verhandeln. De Venecia plädierte seinerseits für Hongkong und Den Haag, wo bereits Gespräche zwischen Regierung und NDF stattgefunden haben. Ein weiteres Gesprächsthema war die Vermittlung oder Unterstützung der Gespräche durch eine dritte Partei. Konkrete Abmachungen wurden nicht bekannt.

Einige Tage zuvor hatte die Regierung sich zu wechselnden Verhandlungsorten für die Vorgespräche bereiterklärt. Die Nationale Vereinigungskommission (NUC) beharrt allerdings auf Vorgesprächen im



Jalandoni (r.) droht mit Gesprächsabbruch

aus: Liberation Vol. 4, No. 5

Raum Südostasien und will Verhandlungen nur in den Philippinen führen. Dies gehört zu den Bedingungen, die die NUC in einer Erklärung vom 22. April zur Grundlage für alle Verhandlungen mit bewaffneten Regierungsgegnern gemacht hat. Die anderen Bedingungen lauten, daß es nur eine Oberhoheit im Land, die der Republik der Philippinen gebe und daß alle Konflikte interner Natur seien. Jalandoni hat diese Bedingungen als unannehmbar und großen Rückschritt bezeichnet und mit dem Abbruch der Gespräche gedroht, falls die Regierung

sie nicht zurücknehme. Ein frühzeitiges Scheitern der Gespräche stellte Jalandoni auch für den Fall in Aussicht, daß die Regierung mit NDF-Frakturen spreche, die in Opposition zur gegenwärtigen NDF-Führung stehen. Eine solche Unterredung hat am 1. Mai in Manila stattgefunden. Die NDF-interne Opposition will trotz heftiger Kritik an ihren (Verhandlungs-) Führern jedoch keine separaten Gespräche aufnehmen.

vgl. MT 24.4., 1.5.93; PDI 24.4., 28.4., 30.4., 2.5., 9.5., 10.5.93

**Jubiläum verdeutlicht Bruch in der NDF**

Neunzehn Mitglieder des Nationalrates der Nationalen Demokratischen Front (NDF) haben am Vorabend des 20-jährigen Jubiläums des linken Untergrundbündnisses öffentlich dazu aufgerufen, die Beschlüsse des (bisher einzigen) NDF-Kongresses von 1990 zu verteidigen. "Eine starke, von Armando Liwanag geführte Fraktion der Kommunistischen Partei (CPP) ist dabei, die NDF zu unterminieren", hieß es in einer "April 23 Declaration", die fast die Hälfte der Mitglieder des NDF-Nationalrates einschließlich der knappen Mehrheit des NDF-Exekutivkomitees unterzeichnet haben. In der Erklärung heißt es weiter, die Liwanag-Fraktion der CPP verletze demokratische Prozesse in der NDF, indem sie das NDF-Programm in ihrem Sinne verändere und Denken und Praxis der Front umdrehe. NDF-

Einheiten und Führungsorgane seien aufgelöst und Repräsentanten ihrer Ämter entthronen worden. Dies habe die Position der aus 15 Mitgliedsorganisationen bestehenden NDF im gegenwärtigen Friedensprozeß geschwächt.

In Europa gab es erstmals zwei konkurrierende Jubiläumsveranstaltungen. In Brüssel feierten am 23. April etwa 120 Personen mit Luis Jalandoni, dem NDF-Vizepräsidenten für internationale Angelegenheiten. Jalandoni vertritt den Kurs des CPP-Vorsitzenden Liwanag. Jalandoni ging in seinem Vortrag nur am Rande auf die aktuellen Konflikte innerhalb der NDF ein. Er bezeichnete die gegnerische NDF-Fraktion als Splittergruppe, deren Zahl klein sei und abnehme. In Utrecht fand am 24. April, dem eigentlichen Jahrestag der NDF-Gründung, eine Veranstaltung der

NDF-Europa mit etwa 95 TeilnehmerInnen statt. Die europäische Untergruppierung war nach eigenen Angaben zuvor von Jalandoni für aufgelöst erklärt worden. Byron Bocar, bisheriger Europa-Repräsentant, führte den Konflikt auf fundamentale Meinungsverschiedenheiten zurück. Laut Bocar halte die NDF-Europa im Unterschied zur Liwanag-Fraktion an den auf dem NDF-Kongreß beschlossenen Prinzipien des demokratischen Pluralismus, einer gemischten Wirtschaftsform und der Konzipierung der NDF als Föderation gleichberechtigter Organisationen fest. Die Führung der CPP werde zwar anerkannt, dürfe aber nicht festgeschrieben werden.

vgl. MC 26.4., 27.4.93; PDI 25.4., 26.4.93, Liberation March-April 93; PNF 26.4.10.5.93; Presseerklärung NDF-Europa 24.4.

**Kurzmeldungen**

**Vor Palawan sind große Öl- und Gasfelder entdeckt** worden. Sollten sich Schätzungen bestätigen, könnten die Felder bereits 1997 zwei Drittel des jährlichen Rohölbedarfs des Landes abdecken. Die Gasvorkommen könnten um die Jahrtausendwende ein Viertel des philippinischen Energiebedarfs decken. Weitere Öl- und Gasvorkommen werden im Ragay-Golf zwischen der Bondoc-Halbinsel und Bicol vermutet. (FEER 27.5.93)

Die frühere **US-Clark Air Base** und umliegende Gebiete sind am 7. April von Präsident Ramos zur industriellen **Sonderwirtschaftszone** erklärt worden. Dieser Status soll den ehemaligen Militärflughafen in ein Industriegebiet umwandeln helfen und mit dazu beitragen, die Philippinen in ein Schwellenland zu verwandeln. (PNF 12.4.93)

Der deutsche Automobil- und Rüstungskonzern **Daimler Benz** hat nach Angaben des Center for Social Policy and Public Affairs der Ateneo-Universität den philippinischen Streitkräften im April geländegängige **Militärlastwagen** verkauft, die für die Aufstandsbekämpfung und den Katastrophenschutz bestimmt sind. (Philippine Political Update, May 1993)

Präsident **Ramos** hat am 20. und 21. April mit Hilfe von staatlich kontrollierten Aktienpaketen in der **San Miguel Corporation** (SMC), dem größten einheimischen Konzern, und der **Philippine Long Distance Telephone Company** (PLDT), dem drittgrößten Konzern, einen ihm **genehmen Aufsichtsrat** durchgesetzt. Ramos' Manöver haben Besorgnisse geweckt, die von ihm versprochene Auflösung von Monopolen werde stattdessen zu Firmenübernahmen à la Marcos führen, also zu enormer wirtschaftlicher Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten. (FEER 6.5.93)

## Kurzmeldungen

Am 1. Mai hat Präsident Ramos Manilas Müllkippe **Smoky Mountain** offiziell für **geschlossen** erklärt. Der rauchende Müllberg und seine müllsuchenden BewohnerInnen galten als Symbol für Armut und ungerechte Verhältnisse in den Philippinen. Das Gebiet soll in ein Wohngebiet für 27.000 Menschen umgewandelt werden. (BP 2.5.93)

Insgesamt **18 Filipinas**, die im Zweiten Weltkrieg von der japanischen Armee zur Prostitution gezwungen wurden, **haben** in Tokio die **japanische Regierung** auf Schadensersatz **verklagt**. Nach Schätzungen von Historikern sind bis zu 200.000 Frauen aus Korea, China, Taiwan, Indonesien, den Philippinen und den Niederlanden im Zweiten Weltkrieg in japanische Armeebordelle gezwungen worden. (UPI 1.4.93; *Batis Monthly Beeper März 1993, UCAN 8.4.93*)

Ein amerikanisches Gericht hat den **US-Konzern Westinghouse** am 17. Mai vom **Vorwurf der Bestechung** im Falle des umstrittenen Atomkraftwerkes Bataan **freigesprochen**. Manila hatte dem Kraftwerkskonzern vorgeworfen, den Bauauftrag durch Bestechung des damaligen Präsidenten Marcos erworben zu haben. Präsident Fidel Ramos kündigte eine Fortsetzung des Rechtsstreites an. Die Kosten des bisher fünfjährigen Verfahrens werden auf 56 Mio. Dollar geschätzt. (UPI 13.5.; 23.5.93, FEER 3.6.93)

Auf zwei je eintägige **Waffenstillstände** zur **Durchführung eines Impfprogramms** für Kinder haben sich die Regierung und mehrere Rebellenorganisationen geeinigt. Sie sollen die Impfung hunderttausender Kinder unter vier Jahren gegen Polio und Masern auch in den entlegendsten Gebieten ermöglichen. Am ersten Impftag im April wurden keine Zwischenfälle gemeldet. (EPD 21.4.93; *Info Davao 28.4.93*)

## Gespräche mit der MNLF in Jakarta

Vom 14.-16. April haben sich in Jakarta der Regierungsgesandte Eduardo Ermita und der Führer der Moro National Liberation Front (MNLF), Nur Misuari, getroffen. Es wurde vereinbart, bis zum 30. Juni Friedensgespräche auf der Grundlage des Abkommens von Tripolis zu beginnen. Die Gespräche sollen unter Vermittlung der Islamischen Konferenz (OIC) in Mindanao stattfinden.

Die auf 12.000 bewaffnete Mitglieder geschätzte MNLF fordert im wesentlichen die Umsetzung des Tripolis-Abkommens, das 1976 zwischen der MNLF und der Marcos-Regierung ausgehandelt worden war. Es sieht für 13 Provinzen mit z.T. heute noch hohem muslimischen Bevölkerungsanteil einen weitgehenden Autonomiestatus vor. Die MNLF wirft der Regierung vor, das Abkommen nie umgesetzt zu haben. Trotz abgebrochener Verhandlungen zwischen der MNLF und der Aquino-Regierung besteht seit 1986 ein informeller Waffenstillstand.

vgl. AW 14.4., 5.5., 12.5.93; FEER 6.5.93; PDI 24.4.93; PNF 26.4., 3.5.93; UPI 5.5.93;

## Wahlen in Muslim-Mindanao

Lininding Pangandaman, ein 66jähriger früherer Botschafter in Saudi-Arabien, hat die am 25. März durchgeführten Wahlen in der sogenannten Autonomen Region Muslim Mindanao (ARMM) gewonnen. Seine Kandidatur war von Präsident Ramos unterstützt worden. Unterlegene Mitbewerber warfen Pangandaman massiven Wahlbetrug vor. Während der Urnengang relativ friedlich verlief, war es im Vorfeld zu Gewalttätigkeiten gekommen. Mindestens 9 Personen wurden getötet und 47 verletzt. Die Regierung hatte 10.000 Soldaten in dem Gebiet stationiert.

Über eine Million Wahlberechtigte waren aufgerufen, den Gouverneur, dessen Stellvertreter und einen 21köpfigen Rat zu wählen. Die halbautonome Region umfaßt nur vier der ursprünglich 13 vorgesehenen Provinzen. Die ARMM war 1990 nach einem Referendum eingerichtet wor-

den. Trotz eines Aufrufes der Moro National Liberation Front (MNLF) zum Wahlboykott lag die Wahlbeteiligung bei über 80 Prozent. Die MNLF lehnt die ARMM ab und fordert, wie im Abkommen von Tripolis aus dem Jahr 1976 vorgesehen, die volle Autonomie von 13 Provinzen.

vgl. AW 14.4., 12.5.93; UPI 24.3., 25.3.; UCAN 2.4.93; *Info Davao 11.4.93*

## Sondervollmachten für Ramos

Seit dem 5. April verfügt Präsident Ramos für ein Jahr über Sondervollmachten zur Bekämpfung der Energiekrise. Das "Electric Power Crisis Act of 1993" ermöglicht ihm, Auflagen beim Bau neuer Kraftwerke zu umgehen, die Energiepreise entgegen einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes anzuheben, das staatliche Energieunternehmen NAPOCOR umzustrukturieren und bis zu 10 Prozent der Bruttoeinnahmen der staatlichen Glücksspielsellschaft PAGCOR für Energieprojekte zu verwenden. Beide Kammern des Kongresses stimmten dem Gesetz zwar zu, schränkten jedoch die von Ramos gewünschten Vollmachten ein. So hatte der Präsident u.a. eine Geltungsdauer von zwei Jahren gefordert. In Teilen der Öffentlichkeit hat das Begehren des Präsidenten Befürchtungen vor erneuter autoritärer Herrschaft ausgelöst.

vgl. UPI 2.4., 5.4.93; PDI 6.4.93

## Farmer in Bondoc verschwunden

Bereits seit dem 30. März 1992 wird der 56jährige Bauer Jose Soliven aus Mulanay, Quezon vermißt. Eine lokale Menschenrechtsorganisation hat erst Ende April dieses Jahres davon erfahren und amnesty international informiert. Soliven wurde zuletzt am Nachmittag des 30. März 1992 in der Stadt Catanauan gesehen, als er sich auf dem Rückweg in sein Dorf befand. In einem Nachbarort war es kurz zuvor zu einem Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und der NPA-Guerilla gekommen. Nach Zeugenaussagen wurde er von Mitgliedern der paramilitärischen CAFGU-Bürgerwehr ergriffen, als er aus einem Jeepney stieg. Seiner Frau ist es bisher nicht gelungen, ihren

Mann ausfindig zu machen. Das Militär soll Bewohner seines Heimatdorfes verdächtigen, die NPA zu unterstützen. Catanauan ist der Hauptort der Bondoc-Halbinsel, wo sich auch das Büro eines umstrittenen deutschen Entwicklungsprojektes befindet.

Ähnliche Vorfälle wurden von ai aus den Provinzen Camarines Sur und Oriental Mindoro gemeldet. Auf der Insel Cebu ist am 13. März ein lokaler Bauernführer zu Tode geprügelt worden. Bauernorganisationen vermuten ebenfalls einen politischen Hintergrund.

vgl. ai 17.5.93

## Hoehchst dementiert Schädlichkeit von Thiodan

Hoehchst Philippines Inc., eine Tochtergesellschaft der Frankfurter Hoehchst AG, hat einen Bericht der Nachrichtenagentur Philippine News and Features zurückgewiesen, der das von Hoehchst auf den Philippinen vertriebene Pflanzenschutzmittel Thiodan als gesundheitsschädlich bezeichnet. PNF hatte im April über eine vom malaysischen Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) organisierten Veranstaltung an der Universität Benguet berichtet. Dabei war das Mittel als krebserregend bezeichnet und für Mißbildungen verantwortlich gemacht worden. Ebenso wie PAN in seinen Vorwürfen bezieht sich auch Hoehchst bei seinem Dementi auf Befunde der Welternährungsorganisation FAO. Nach Angaben von PNF hatte die philippinische Dünger- und Pestizidbehörde im April 1992 die Einfuhr des Hauptbestandteils von Thiodan verboten. Hoehchst habe daraufhin eine gerichtliche Aufhebung des Verbotes erwirkt, da das Mittel bei korrekter Anwendung unschädlich sei. Versuche von PNF, mit Hoehchst zu sprechen, seien gescheitert, teilte PNF mit. Auf Anfrage von PNF sagte der FAO-Regionalvertreter für Schädlingskontrolle, Dr. Peter Kenmore, Thiodan sollte in den Philippinen niemals in der Nähe von Wasserquellen benutzt werden. Die Anwendung des Mittels in Reisfeldern verstoße laut Kenmore gegen die Bestimmungen.

vgl. PNF 17.5., 24.5.93